

Kommentierte Tagesordnung – Sondersitzung 18. Februar 2021

TOP 1(a–e; d zurückgezogen)

Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff wird nach den neuerlichen Bund-Länder-Beratungen über die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie eine Regierungserklärung abgeben. Daran anschließend werden gleich mehrere Anträge parallel beraten. So fordert die AfD-Fraktion unter anderem einen sofortigen Stopp der Lockdown-Politik und den ausschließlichen Schutz der Risikogruppen. Die Fraktion DIE LINKE plädiert für mehr Beteiligung der Parlamente beim Beschluss der Corona-Maßnahmen und für „eine dynamische Langfriststrategie mit einer Regionalisierung zielgenauer Maßnahmen“.

TOP 2

Die Fraktionen von CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bringen einen Gesetzentwurf ein, durch den die kommunalen Vertretungen mehr Möglichkeiten (zum Beispiel Hybridsitzungen) bekommen sollen, um in einer pandemischen Lage Beschlüsse zu fassen, ohne die Mitglieder der Vertretungen gesundheitlichen Gefahren auszusetzen. Die bestehenden gesetzlichen Regelungen seien bisher nicht ausreichend gewesen.

TOP 3

Die AfD-Fraktion bringt drei Anträge ein, durch die jeweils das bisher stellvertretende Mitglied nun ordentliches Mitglied in den Parlamentarischen Untersuchungsausschüssen 18–20 werden soll. Die Stellvertreter werden jeweils neu bestimmt.